

Wir als Münchner Flüchtlingsrat setzen uns seit vielen Jahren für die Rechte von Schutzsuchenden in Deutschland ein. Wir beraten Menschen im Asylverfahren und Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Denn der Schutz von Grundrechten und der Zugang zu einer unabhängigen Rechtsberatung sind unverzichtbare Bestandteile einer Demokratie.

Aus dieser jahrelangen Arbeit heraus müssen wir sagen: Die Entwicklungen, die wir derzeit erleben, sind in dieser Form einzigartig – und sie sind zutiefst besorgniserregend. Es geht dabei längst nicht mehr nur um einzelne Schicksale. Zunehmend werden grundlegende ethische und rechtsstaatliche Prinzipien in Frage gestellt.

So versucht die Bundesregierung trotz zahlreicher gerichtlicher Entscheidungen weiterhin, Menschen an den Grenzen mit allen verfügbaren Mitteln zurückzuweisen. Damit verstößt sie nicht nur gegen das Grundgesetz, sondern auch gegen geltendes europäisches Recht. Und trotzdem wird diese Praxis im politischen Diskurs nicht nur legitimiert, sondern als politischer Erfolg dargestellt.

Auch die im vergangenen Jahr in Kraft getretene Gesetzesänderung, durch die eine große Gruppe Asylsuchender aus dem Asylbewerberleistungsgesetz ausgeschlossen wird und damit keinen rechtlichen Anspruch mehr auf medizinische Versorgung, Verpflegung oder eine Unterkunft hat, ist in Teilen verfassungswidrig. Entsprechend wird sie in einer Vielzahl – mittlerweile nahezu hundert – gerichtlicher Beschlüsse und Urteile aufgehoben.

Und trotzdem bleibt das Gesetz bestehen.

Und trotzdem machen die Behörden weiter und zwingen immer mehr Menschen in Situationen, in denen sie ihre Existenz nicht mehr sichern können.

Dies ist ein strategischer Verfassungsbruch und ein gefährlicher Präzedenzfall. Denn wie wir bereits sehen können: Solche Verfassungsbrüche öffnen Tür und Tor für vergleichbare Gesetze – wie bspw. bei der geplanten Grundsicherung für arbeitslose Menschen, bei der Leistungen ebenfalls vollständig entzogen werden können mit der Folge, dass für deutlich mehr Menschen existenzielle Notlagen bis hin zur Obdachlosigkeit drohen.

Zudem beobachten wir nicht nur eine fortschreitende Entmenschlichung Geflüchteter im politischen Diskurs – auch Abschiebungen werden mit allen Mitteln und Gewalt durchgesetzt. Hierbei geht es schon lange nicht mehr um Einzelfälle oder sorgfältige

Einzelfallprüfungen, sondern nur darum, eine möglichst große Zahl von Menschen abzuschieben – egal um welchen Preis.

So wurde erst letztes Jahr ein schwerstkranker Mann, der u.a. regelmäßig an Krampfanfällen litt, zwangssediert und fixiert nach Nigeria abgeschoben. Dort kam er bewusstlos an und musste aus dem Flugzeug herausgetragen werden. Am Flughafen wurde er allein gelassen.

Je häufiger solche Praktiken toleriert oder stillschweigend akzeptiert werden, desto weiter verschiebt sich das gesellschaftliche Verständnis dessen, was als legitim gilt. Was heute als bedauerlicher „Einzelfall“ dargestellt wird, kann morgen zur routinemäßigen Maßnahme werden. Besonders problematisch ist dabei, dass die Betroffenen oft nicht in der Lage sind, sich zu wehren oder ihre Rechte einzufordern.

Auch Menschen, die bereits hier leben, wird das Leben unnötig schwer gemacht – durch eine immer strengere und teilweise rechtswidrige Praxis der Behörden. Immer häufiger werden Arbeitserlaubnisse verweigert, obwohl die Behörden frei darüber entscheiden könnten oder die Betroffenen eigentlich Anspruch darauf haben. Dadurch müssen bestehende Arbeitsverhältnisse oder Ausbildungen oft abgebrochen werden.

Ebenso werden Aufenthaltstitel, die die Ausländerbehörden im eigenen Ermessen erteilen können, immer seltener gewährt, obwohl alle Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Das zwingt Menschen in zunehmend prekäre Lebenslagen und führt zu einer starken psychischen Belastung.

Und auch für euch, die sich ehrenamtlich oder hauptamtlich für Schutzsuchende und für eine demokratische, gerechte Gesellschaft einsetzen, wird die Situation zunehmend schwerer. Nicht nur wegen immer kleinerer Handlungsspielräume und immer unmenschlicherer Entscheidungen der Behörden – auch gesellschaftlich beobachten wir derzeit eine besorgniserregende Entwicklung: dass Solidarität und Unterstützung für Schutzsuchende zunehmend infrage gestellt wird.

Und trotzdem: Viele von euch bleiben trotzdem dran – in Beratungen, in Initiativen, in der täglichen Unterstützung von Menschen, die sonst oft keine Stimme haben.

Dieses Engagement ist keine Selbstverständlichkeit. Es sorgt dafür, dass Rechte tatsächlich wahrgenommen werden können und dass rechtsstaatliche Prinzipien nicht

nur formal bestehen bleiben. Gerade in diesen politisch aufgeladenen Zeiten, in denen rechte und demokratiefeindliche Parteien in Deutschland, Europa und der Welt immer mehr Zuspruch erhalten, ist das von zentraler Bedeutung.

Demokratie lebt davon, dass Menschen Verantwortung übernehmen, hinschauen und handeln – auch dann, wenn es anstrengend ist oder wenig Anerkennung erfährt. Dafür braucht es Austausch, Solidarität und das Wissen, nicht allein zu stehen.

Danke an alle, die sich einbringen, die verlässlich bleiben und die heute hier sind, um ein Zeichen zu setzen für Demokratie.

Zeitrahmen: 5 Min

Wann: 14 Uhr

Wo: Ernst Reuter Platz